

1 Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten dürfen nicht verloren gehen: Die Arbeit des Verfassungsschutzes neu justieren

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3955



Stefan Zimkeit (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass sich die Fraktionen von FDP und CDU doch noch an dieser Debatte beteiligen, weil hier deutlich geworden ist, dass es sich durchaus um eine wichtige Debatte handelt.

Für mich ist klar geworden, dass wir zwei Dinge vermeiden müssen, wenn wir dem vom Kollegen Kuschke formulierten Anspruch gerecht werden wollen, dass dieses Parlament im Kampf gegen Rechtsextremismus eine Vorreiterrolle spielen soll.

Zum einen müssen wir vermeiden, Dinge zu verharmlosen und so zu tun, als wenn alles, auch im Hinblick auf den Verfassungsschutz, in Ordnung wäre.

(Beifall von der SPD)

Ich glaube, die vorgetragenen Ereignisse haben sehr deutlich gemacht: Es ist nicht alles in Ordnung, es gibt Handlungsbedarfe, es gibt Überprüfungsbedarfe, und es gibt auch den Bedarf nach mehr Transparenz. Dem sollten wir uns gemeinsam stellen.

Genauso wenig sollten wir aber mit Mutmaßungen und Behauptungen dazu beitragen, die falschen Eindrücke zu erwecken. Der Minister hat es gesagt, und ich will es aus unserer Sicht noch einmal unterstreichen:

Sie haben zahlreiche Behauptungen aufgestellt, was die mögliche Verquickung von Neonazis und Verfassungsschutzorganen angeht. – In Nordrhein-Westfalen gibt es dafür keine Be-

lege. Wenn Sie diese haben, legen Sie sie auf den Tisch. Wenn Sie sie nicht haben, wiederholen Sie nicht diese Behauptungen.

(Beifall von der SPD)

Die Linke macht wirklich einen zentralen Fehler, wenn sie davon Abstand nimmt – das ist auch eine der Lehren, die wir ziehen müssen –, zu fordern: Wir müssen es irgendwie organisieren, dass die Informationen und das Wissen der Zivilgesellschaft über rechtsextreme Strukturen auch den zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt, von ihnen aufgenommen und in ihre Arbeit einbezogen werden. Wir, die wir vor Ort in diesen Bereichen tätig sind, wissen alle, dass es dort zahlreiche Informationen über Rechtsextremismus gibt. Das muss selbstverständlich in die Arbeit der Behörden einfließen. Wir wissen auch, dass es auch lokal an vielen Orten vernünftig funktioniert. Wir müssen das auch auf Landesebene verbessern.

Wenn wir dem Anspruch, diesem Thema gemeinsam zu begegnen – das haben zumindest alle erklärt –, gerecht werden wollen, sind zwei Dinge zu beachten.

Das eine ist: Wir müssen etwas selbstkritischer an die Sache herangehen. Es ist betont worden – ich will das auch für mich persönlich unterstreichen –: Wir dürfen nicht immer nur auf Vorkommnisse reagieren, sondern wir müssen gemeinsam Strukturen aufbauen und an der Bekämpfung des Rechtsextremismus auch auf parlamentarischer Ebene kontinuierlich arbeiten.

Wir müssen – das ist der zweite Punkt – dies als Querschnittsaufgabe durch alle politischen Bereiche verstehen, weil Rechtsextremismus im Kern selbstverständlich nur durch Prävention bekämpft werden kann.

(Beifall von der SPD)

Ein Kern der Prävention ist die Demokratie auf allen Ebenen und die Beteiligung auf allen Ebenen. Der norwegische Ministerpräsident hat es nach den schrecklichen Anschlägen auf den Punkt gebracht – das sollte unser aller Marschrichtung sein –: Die Antwort auf diese Menschen ist mehr Demokratie und nicht weniger Demokratie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aus meiner Sicht brauchen wir den Dreiklang aus breiter Information, aus Repression und Prävention. Dies umzusetzen, sollte unsere gemeinsame Aufgabe als Demokraten auch in diesem Parlament sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)